

26. Sitzung



des elften Kreistages des Landkreises Waldeck-Frankenberg
am Montag, dem 17.02.2020, 13:00 Uhr bis 17:05 Uhr,
im Kreishaus in Korbach

Tagesordnung

öffentliche Sitzung

1. Fragestunde nach § 18 der Geschäftsordnung (Drucksache 348/20) (MI-6/2020)
2. Aktuelle Stunde (Drucksache 349/20) (MI-5/2020)
3. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020, Investitionsprogramm, Ergebnis- und Finanzplanung für den Zeitraum 2019 – 2023 und Haushaltssicherungskonzept Fortschreibung 2020 (Drucksache 339/19) (KT-2/2020)
4. Insektenschutz – Artenreiches im Landkreis Waldeck-Frankenberg (KT-3/2020)
 - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 - Änderungsantrag der AfD-Fraktion(Drucksache 326/19)
5. Klimafreundlich mit Holz bauen (KT-4/2020)
 - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN(Drucksache 350/20)
6. Hass, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Angriffe auf die Menschenwürde haben keinen Platz in Waldeck-Frankenberg (KT-5/2020)
 - Antrag der Fraktionen von SPD und CDU(Drucksache 351/20)
7. Aufstellung einer Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Sozialgericht Marburg für die Kammern für Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes (KT-6/2020)
(Drucksache 352/20)
8. 3. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen im Zusammenhang mit der Gewinnung von Frischfleisch (Frischfleisch-Kostensatzung) vom 15.12.2014 (KT-7/2020)
(Drucksache 353/20)

- | | | |
|-----|---|--------------|
| 9. | Erweiterung des Nationalparks Kellerwald-Edersee
(Drucksache 354/20) | (KT-10/2020) |
| 10. | Gründung einer Atemschutzkooperation im Feuerwehrwesen zwischen den
kreisangehörigen Städten und Gemeinden und dem Landkreis
(Drucksache 355/20) | (KT-1/2020) |
| 11. | Bericht über den Haushaltsvollzug 2019 für das IV. Quartal auf der Grundlage
der Finanzbuchhaltung nach § 28 GemHVO
(Drucksache 356/20) | (KT-8/2020) |
| 12. | Unterrichtung über die Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen im
Teilergebnishaushalt 074 Maßnahmen der Gesundheitspflege, Budget 074.2,
im Haushaltsjahr 2019
(Drucksache 357/20) | (KT-9/2020) |
| 13. | Verschiedenes | |

Anwesend:

Kreistagsvorsitzende

Ruhwedel, Iris

SPD-Fraktion

Backhaus, Ralph

Best, Sina

Brede, Björn

Daume, Adam

Engelhard, Sigrid

Ermisch, Uwe

Kalhöfer-Köchling, Karl-Heinz

Keim, Christel

Krämer, Rositta

Plünnecke, Harald

Schaake, Andreas

Schaake, Dieter

Schmitt, Günter

Dr.Sommer, Daniela

Dr.Sommer, Hendrik

Staude-Hansmann, Petra

Svoboda, Monika

ab 14:00 Uhr bis 16:30 Uhr

ab 16:45 Uhr

CDU-Fraktion

Bender, Frank

Dietzel, Christoph

Dr.Drebes, Eckhard

Fallenbüchel, Martin

Golde, Dirk Wilhelm

Hartmann, Timo

Hesse, Rainer

Jesinghausen, Elke

Opper, Rainer

Pohlmann, Jan-Wilhelm
Ravensburg, Claudia
Schaub, Bernd
Schwarz, Armin
Seitz, Bernhard
Tönepöhl, Ulrike
Vollbracht, Jürgen
Weiss, Rüdiger

AfD-Fraktion

Beck, Andreas
Dippel, Hakola
Ginder, Stefan
Lewandowsky, Arno
Papst-Dippel, Claudia

FWG-Fraktion

Büchschütz, Dieter
Gier, Klaus
Horsel, Heinfried
Schmitt, Ralf
Schumacher, Kai
Steuber, Uwe
Teppe, Klaus
Wilke, Friedrich

ab 15:50 Uhr

bis 16:10 Uhr

GRÜNE-Fraktion

Deutschendorf, Dagmar
Dr.Koswig, Peter
May, Daniel
Patzner, Uwe
Tönges, Caroline

FDP-Fraktion

Koch, Friedrich
Pfuhl, Friedhelm
Rube, Jochen Helmut
Schultze-Ueberhorst, Annegret
Wiegand, Arno

Ohne Fraktion

Dr.Kutting, Bernhard

ab 13:40 Uhr

Kreisausschuss

Landrat Dr. Kubat, Reinhard
Erster Kreisbeigeordneter Frese, Karl-Friedrich
Die Kreisbeigeordneten
Heidel, Heinrich
Hoffmann, Udo
Huntzinger, Thorsten
Möller, Christine

Nordmeier, Markus
Schäfer, Friedrich
Scherf, Tobias
Schmirler, Heidemarie

Schriftführung

Dreier, Peter

Es fehlen:

Boulnois, Heidemarie (Die Linke)
Frömmrich, Jürgen (GRÜNE)
Hoppmann, Ingo (Die Linke)
Kappelhoff, Katharina (SPD)
Nolte, Jan (AfD)
Paulus, Rainer (SPD)
Peschel, Jens (AfD)
Piro-Klein, Ruth (SPD)
Dr. Schaaf, Harald (SPD)
Walmanns, Katrin (CDU)
Wäscher, Marc (CDU)
Zarges, Elke (CDU)

Die Kreisbeigeordneten
Behle, Hannelore
Eckhardt, Hannelore
Wagner, Erhard

- - - - -

Kreistagsvorsitzende Ruhwedel (SPD) eröffnet um 13:00 Uhr die 26. Sitzung des Kreistages.

Nachträglich gratuliert sie den Abgeordneten und Kreisbeigeordneten, die nach der letzten Sitzung Geburtstag hatten:

Abg. Dippel (AfD), Abg. Dr. Schaaf (SPD), Abg. D. Schaake (SPD), Abg. Frömmrich (GRÜNE), Abg. Dr. Drebes (CDU), Abg. Nolte (AfD), Abg. Hoppmann (LINKE), Abg. Engelhard (SPD), Abg. Svoboda (SPD), Abg. May (GRÜNE), Kreisbeigeordneter Nordmeier, Abg. Papst-Dippel (AfD), Abg. Seitz (CDU), Abg. Paulus (SPD), Abg. Walmanns (CDU) und Abg. Kappelhoff (SPD).

Kreistagsvorsitzende Ruhwedel (SPD) stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Zum Schriftführer wird OAR Dreier bestimmt.

Einstimmig beschließt der Kreistag die Empfehlung des Ältestenrates zu den Redezeitbegrenzungen und Verfahren:

- TOP 3: 20 Min. Redezeit/Fraktion einschl. Begründung; Abstimmung über die Änderungsliste lt. Finanzausschuss in Gänze
- TOP 5, 6 und 9: 5 Min. Redezeit/Fraktion
- TOP 7: Absetzung
- TOP 4, 8, 10 bis 12: ohne Aussprache

öffentliche Sitzung

1. Fragestunde nach § 18 der Geschäftsordnung (Drucksache 348/20)

MI-6/2020

Die zuständigen Dezernenten beantworten jeweils die vorliegenden Fragen einschließlich der Zusatzfragen.

1. Erster Kreisbeigeordneter Frese beantwortet die Frage des Abg. D. Schaake (SPD) sowie eine Zusatzfrage des Abg. Wiegand (FDP) betr. Sanierung der IGS Edertal.
2. Landrat Dr. Kubat beantwortet die Frage des Abg. D. Schaake (SPD) betr. Soziale Orte Konzept.
3. Landrat Dr. Kubat beantwortet die Frage des Abg. Dr. Koswig (GRÜNE) zur Zahl der Kiebitzbruten im Landkreis.
4. Erster Kreisbeigeordneter Frese beantwortet die Frage des Abg. Dr. Koswig (GRÜNE) zur Schaffung neuer Radverkehrsinfrastruktur an Kreisstraßen im vergangenen Jahr.
5. Landrat Dr. Kubat beantwortet die Frage des Abg. Hartmann (CDU) und zwei Zusatzfragen des Fragestellers sowie eine Zusatzfrage des Abg. Rube (FDP) zum Anschluss der Schulen an das Breitbandnetz.

6. Landrat Dr. Kubat beantwortet die Frage des Abg. Backhaus (SPD) zur Durchführung der Betriebsrätekonferenz.
7. Erster Kreisbeigeordneter Frese beantwortet die Frage und eine Zusatzfrage des Abg. Schumacher (FWG) betr. Realisierung des Sportfeldes am Gustav-Stresemann-Gymnasium.
8. Erster Kreisbeigeordneter Frese beantwortet die Frage der Abg. Keim (SPD) nach dem Sachstand des Projekts Babylotsen.
9. Erster Kreisbeigeordneter Frese beantwortet die Frage und Zusatzfrage der Abg. Ravensburg (CDU) betr. Unterstützung der Kindertagesstätten durch das Gesundheitsamt bei der Umsetzung der Masernimpfpflicht.
10. Landrat Dr. Kubat beantwortet die Frage und Zusatzfrage des Abg. Ginder (AfD) zur Bahnstrecke Korbach-Frankenberg.

**2. Aktuelle Stunde MI-5/2020
(Drucksache 349/20)**

Ein Antrag liegt nicht vor.

**3. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020, KT-2/2020
Investitionsprogramm, Ergebnis- und Finanzplanung für den Zeitraum
2019 – 2023 und Haushaltssicherungskonzept Fortschreibung 2020
(Drucksache 339/19)**

Der Ausschuss für Schule, Jugend, Bildung und Sport empfiehlt für die Teile, die seine Zuständigkeit betreffen, einstimmig bei 7 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen die Annahme des Beschlussvorschlages einschließlich der vorgenommenen Änderungen.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration hat für die Teile, die seine Zuständigkeit betreffen, einstimmig bei 6 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen dem Beschlussvorschlag einschließlich der vorgenommenen Änderungen zugestimmt und empfiehlt dem Kreistag, ebenso zu beschließen.

Der Ausschuss für Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Touristik, Umwelt, Bauen und Energie empfiehlt für die Teile, die seine Zuständigkeit betreffen, einstimmig bei 5 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen die Annahme des Beschlussvorschlages einschließlich der vorgenommenen Änderungen.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Verkehr empfiehlt mehrheitlich bei 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen die Annahme des Beschlussvorschlages des Kreisausschusses einschließlich der vorgenommenen Änderungen. Zu den Änderungsanträgen und den Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Verkehr wird auf die vorliegende Abstimmungsliste verwiesen.

Die Aussprache wird von der Abg. Best (SPD) eröffnet.

- Stellv. Kreistagsvorsitzender Opper (CDU) übernimmt die Sitzungsleitung (14:00 Uhr) -

An der Aussprache beteiligen sich weiter die Abg. Hartmann (CDU), Steuber (FWG), Ginder (AfD), Tönges (GRÜNE) und Wiegand (FDP), Boulnois (LINKE), nochmals Hartmann (CDU), Horsel (FWG) und nochmals Wiegand (FDP).

Abg. Rube (FDP) beantragt abweichend von dem beschlossenen Verfahren, über die Änderungsanträge im Einzelnen abzustimmen.

- Kreistagsvorsitzende Ruhwedel (SPD) übernimmt die Sitzungsleitung (15:25 Uhr) -

Mehrheitlich bei Gegenstimmen von SPD, CDU, FWG, AfD, GRÜNEN und der anderen FDP-Abg. wird der Geschäftsordnungsantrag des Abg. Rube (FDP) abgelehnt.

Entsprechend der beschlossenen Verfahrensweise lässt Kreistagsvorsitzende Ruhwedel (SPD) über die Änderungsanträge lt. Abstimmungsliste entsprechend des jeweiligen Ergebnisses im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Verkehr in Gänze abstimmen.

Mehrheitlich bei Gegenstimmen der FDP, AfD und des fraktionslosen Abg. Dr. Kutting sowie Enthaltung der FWG und der GRÜNEN werden die Änderungsanträge entsprechend des Abstimmungsergebnisses im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Verkehr beschlossen.

- „1. Dem Entwurf des Haushaltsplans des Landkreises Waldeck-Frankenberg für das Haushaltsjahr 2020 wird in der geänderten Fassung zugestimmt und die geänderte Haushaltssatzung beschlossen.
2. Dem Investitionsprogramm des Landkreises Waldeck-Frankenberg für die Jahre 2019 bis 2023 wird in der geänderten Fassung zugestimmt.
3. Das fortgeschriebene Haushaltssicherungskonzept 2020 wird in der geänderten Fassung beschlossen.“

Mehrheitlich dafür bei Gegenstimmen von FWG, AfD und FDP

- 4. Insektenschutz – Artenreiches im Landkreis Waldeck-Frankenberg KT-3/2020**
- **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
 - **Änderungsantrag der AfD-Fraktion**
(Drucksache 326/19)

Das Ergebnis der Beratung im Ausschuss für Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Touristik, Umwelt, Bauen und Energie trägt Ausschussvorsitzender Dietzel (CDU) vor; der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich bei 8 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme, vorlagegemäß zu beschließen.

Eine Aussprache findet nicht statt.

„Aus den Fachdiensten Umwelt und Landwirtschaft wird eine Arbeitsgruppe gebildet, die ein Maßnahmenprogramm aufstellt und dem Kreistag zur Beschlussfassung zuleitet, wie der Insektenschutz im Landkreis Waldeck-Frankenberg verbessert werden kann. Die Arbeitsgruppe kann bedarfsweise um weitere, auch externe Akteure ergänzt werden.“

Einstimmig, 1 Enthaltung(en)

- 5. Klimafreundlich mit Holz bauen** **KT-4/2020**
• **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
(Drucksache 350/20)

Abg. Dr. Koswig (GRÜNE) begründet den Antrag seiner Fraktion vom 20. Januar 2020.

An der Aussprache beteiligen sich Erster Kreisbeigeordneter Frese sowie die Abg. Horsel (FWG), der die Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Touristik, Umwelt, Bauen und Energie beantragt, Wiegand (FDP) und Ginder (AfD).

Mehrheitlich bei Gegenstimmen von SPD und CDU wird der Antrag auf Überweisung der Initiative an den Fachausschuss abgelehnt.

Kreistagsvorsitzende Ruhwedel (SPD) lässt über den vorliegenden Antrag der GRÜNEN abstimmen.

Mehrheitlich dagegen SPD, CDU, AfD und Abg. Dr. Kutting (fraktionslos)

- 6. Hass, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Angriffe auf die** **KT-5/2020**
Menschenwürde haben keinen Platz in Waldeck-Frankenberg
• **Antrag der Fraktionen von SPD und CDU**
(Drucksache 351/20)

Abg. Krämer (SPD) begründet den gemeinsamen Antrag von SPD und CDU vom 24. Januar 2020.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Rube (FDP), Steuber (FWG), Ginder (AfD), Deutschendorf (GRÜNE) und Schwarz (CDU).

„Der Kreistag des Landkreises Waldeck-Frankenberg unterstreicht nachdrücklich, dass Judenfeindlichkeit oder Verharmlosungen jüdenfeindlichen Verhaltens weder geduldet noch toleriert werden können.

Der Kreistag des Landkreises Waldeck-Frankenberg verurteilt alle antisemitischen Übergriffe auf jüdische Einzelpersonen, auf ihr Eigentum oder auf ihre religiösen Einrichtungen; jüdisches Leben muss in Hessen und auch in Waldeck-Frankenberg immer gegen alle Bedrohungen und Angriffe geschützt werden.

Der Kreistag des Landkreises Waldeck-Frankenberg distanziert sich ausdrücklich von menschenverachtendem Gedankengut und den daraus motivierten Übergriffen auf Menschen anderen Glaubens oder anderer Herkunft und Kultur, von Populismus und von Demokratiefeindlichkeit, die den Hass auf Minderheiten in unserer freiheitlich demokratischen Gesellschaft nähren.

Der Kreistag wird nicht nachlassen, an den Holocaust zu erinnern, damit nie wieder ein solcher Hass in unserer Gesellschaft entsteht.

Der Kreistag schließt sich dem Aufruf des hessischen Landtags (vgl. dessen Drucksache 20/1419) an, den Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken und mit aller Vehemenz gegen Extremismus und Populismus, die beiden großen Gefahren der jüdischen und der freiheitlich-demokratischen Gemeinschaft, vorzugehen.

Der Kreistag des Landkreises Waldeck-Frankenberg wird das Übel Antisemitismus stets ungeschönt beim Namen nennen. Die Sprache verrät die Gedanken. Wer antisemitische Begriffe aus der NS-Zeit verwendet, ist Antisemit. Wer, wie in jüngster Zeit in Halle geschehen, bewaffnet in eine Synagoge eindringen will, ist Antisemit. Wer sich nicht von verbalen oder physischen Übergriffen auf Juden distanziert, unterstützt die Täter. Deutliche Worte über Verfechter des Antisemitismus richten sich gegen eine Verharmlosung der Judenfeindlichkeit.

In diesem Sinne ruft der Landkreis Waldeck-Frankenberg alle demokratischen Parteien, zivilgesellschaftlichen Organisationen und alle Waldeck-Frankenberger dazu auf, im gemeinsamen Kampf gegen Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit zusammenzustehen. Es ist an uns allen, den Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken und zukünftig noch mehr in den Mittelpunkt unseres Wirkens zu rücken. Extremismus und Populismus bedrohen diesen gesellschaftlichen Zusammenhalt und gefährden damit am Ende auch unsere Demokratie an sich. Dem werden wir mit aller Vehemenz gemeinsam entgentreten.“

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

7. **Aufstellung einer Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Sozialgericht Marburg für die Kammern für Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes (Drucksache 352/20)** **KT-6/2020**

Abgesetzt

8. **3. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen im Zusammenhang mit der Gewinnung von Frischfleisch (Frischfleisch-Kostensatzung) vom 15.12.2014 (Drucksache 353/20)** **KT-7/2020**

Die Ergebnisse der Beratungen in den Ausschüssen für Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Touristik, Umwelt, Bauen und Energie sowie Finanzen Wirtschaft und Verkehr tragen Ausschussvorsitzender Dietzel (CDU) und Ausschussvorsitzender Plünnecke (SPD) vor; beide Ausschüsse empfehlen jeweils einstimmig, vorlagegemäß zu beschließen.

Eine Aussprache findet nicht statt.

- „1. Der unbefristeten Aussetzung einer Gebührenerhebung für Trichinenuntersuchungen bei allen Wildschweinen über den 30.04.2020 hinaus wird zugestimmt.“
2. Der unbefristeten Aussetzung einer Gebührenerhebung für die Fleischuntersuchung einschließlich Trichinenuntersuchung von Wild in anderen zugelassenen Betrieben, die keine Großbetriebe (z. B. Wildverarbeitungsbetriebe) sind, wird zugestimmt.“
3. Dem Entwurf der **3. Änderung** der Satzung des Landkreises Waldeck-Frankenberg über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen im Zusammenhang mit der Gewinnung von Frischfleisch (Frischfleisch-Kostensatzung) wird zugestimmt.“

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

**9. Erweiterung des Nationalparks Kellerwald-Edersee
(Drucksache 354/20)**

KT-10/2020

Das Ergebnis der Beratung im Ausschuss für Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Touristik, Umwelt, Bauen und Energie trägt Ausschussvorsitzender Dietzel (CDU) vor; dieser empfiehlt einstimmig mit 3 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen, vorlagegemäß zu beschließen.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. D. Schaake (SPD), Gier (FWG), Hartmann (CDU), Dippel (AfD), Schultze-Ueberhorst (FDP) und Dr. Koswig (GRÜNE) sowie Landrat Dr. Kubat.

Kreistagsvorsitzende Ruhwedel (SPD) verliert den Beschlussvorschlag.

„Der Landkreis Waldeck-Frankenberg stimmt dem Entwurf der Verordnung über den Nationalpark Kellerwald-Edersee zu. Der Kreisausschuss wird gebeten, die Anregungen der Verwaltung im weiteren Verfahren vorzutragen. Es wird zugleich die Erwartung zum Ausdruck gebracht, dass die Stellungnahmen der Städte und Gemeinden im Verfahren entsprechend gewürdigt werden. Der Landkreis Waldeck-Frankenberg geht dabei davon aus, dass aktuelle Entwicklungen bei der Fortschreibung des Nationalparkplanes berücksichtigt werden.“

Einstimmig bei Enthaltung der FDP

**10. Gründung einer Atemschutzkooperation im Feuerweswesen zwischen
den kreisangehörigen Städten und Gemeinden und dem Landkreis
(Drucksache 355/20)**

KT-1/2020

Ausschussvorsitzender Plünnecke (SPD) trägt das Ergebnis der Beratung im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Verkehr vor; dieser empfiehlt einstimmig mit 11 Ja-Stimmen die Annahme des Beschlussvorschlages des Kreisausschusses.

Eine Aussprache findet nicht statt.

„Dem Öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Beschaffung und Finanzierung von Atemschutztechnik im Feuerweswesen zwischen dem Landkreis Waldeck-Frankenberg und den Städtischen Betrieben Korbach – Technische Dienste & Feuerwehr wird zugestimmt.“

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

**11. Bericht über den Haushaltsvollzug 2019 für das IV. Quartal auf der
Grundlage der Finanzbuchhaltung nach § 28 GemHVO
(Drucksache 356/20)**

KT-8/2020

Über die Beratung im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Verkehr berichtet Ausschussvorsitzender Plünnecke (SPD). Dieser hat den Bericht über den Haushaltsvollzug zum 31.12.2019 zur Kenntnis genommen und empfiehlt dem Kreistag, ebenso zu verfahren.

Eine Aussprache findet nicht statt.

„Der Bericht des Kreisausschusses über den Haushaltsvollzug zum 31.12.2019 wird zur Kenntnis genommen.“

Zur Kenntnis genommen

12. Unterrichtung über die Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen im KT-9/2020 Teilergebnishaushalt 074 Maßnahmen der Gesundheitspflege, Budget 074.2, im Haushaltsjahr 2019 (Drucksache 357/20)

Ausschussvorsitzender Plünnecke (SPD) berichtet, dass der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Verkehr die Genehmigung der überplanmäßigen Aufwendungen in der Drucksache 357/20 zur Kenntnis genommen hat und dem Kreistag empfiehlt, ebenso zu verfahren.

Eine Aussprache findet nicht statt.

„Der Kreistag nimmt von der Leistung überplanmäßiger Auszahlungen in Höhe von 15.366,64 EUR für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Teilergebnishaushalt 074, Budget 074.2 Lebensmittelüberwachung, Tierschutz und Veterinärwesen, im Haushaltsjahr 2019 Kenntnis.“

Zur Kenntnis genommen

13. Verschiedenes

Abg. Rube (FDP) bittet um neutrale und objektive Leitung der Sitzungen. Auf entsprechende Frage der Kreistagsvorsitzenden nach konkreten Beispielen nennt er die Beratung zum Thema Nationalpark. Kreistagsvorsitzende Ruhwedel (SPD) geht davon aus, dass sie die Aufgaben der Kreistagsvorsitzenden entsprechend ausübt. Sie stellt fest, dass ihr Engagement für einzelne Themen dem nicht entgegensteht, wie beispielsweise der Nationalpark, wo sie Anrainerin ist und dessen Entwicklung sie von Anfang an begleitet hat.

Abg. Rube (FDP) spricht unter Hinweis auf Beispiele aus der heutigen Sitzung die Veröffentlichung von Aufnahmen aus den Kreistagssitzungen in den sozialen Medien an. Er verweist zum einen auf den Rechtsrahmen, zum anderen auf die Vorteile, die sich für die Darstellung der Arbeit im Kreistag ergeben. Er regt eine gemeinsame Initiative für ein abgestimmtes Verfahren an.

Kreistagsvorsitzende Ruhwedel (SPD) schließt die Sitzung des Kreistages um 17:05 Uhr und bedankt sich für die sachliche Abarbeitung der Tagesordnung.

gez. Ruhwedel

(Kreistagsvorsitzende)

gez. Opper

(stellv. Kreistagsvorsitzender)

gez. Dreier

(Schriftführer)

Abstimmungslisten zu den Änderungsanträgen der Fraktionen und der Ausschüsse des Kreistages sowie des Landrats zum Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2020

Allgemeine redaktionelle Hinweise und Erläuterungen:

Konkurrierende Änderungsanträge bzw. Anträge zu gleichen Positionen des Haushaltsentwurfs sind in den Abstimmungslisten grundsätzlich in der Reihenfolge ihrer Wirkung aufgelistet, wobei der weitestgehende Änderungsantrag als erster genannt wird.

Auf sachlich zusammenhängende Einzelanträge, die an unterschiedlichen Stellen dieser Liste abgebildet werden, wird durch Querverweise hingewiesen.

{ Verschiedene sachlich zusammenhängende Einzelwirkungen oder gleich lautende Anträge werden nach Möglichkeit zusammengefasst abgebildet. Es wird empfohlen hierüber gemeinsam abzustimmen.

➔ Orientierungshilfe: Kenntlichmachung eines einzelnen Änderungsantrages (z.B. Verpflichtungsermächtigung / Sperrvermerk)

Soweit nicht eindeutig formuliert, wurden Anträge auf die Einrichtung von **Sperrvermerken** mit dem Zusatz "Über die Freigabe der Mittel entscheidet der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Verkehr" ergänzt.

Lfd. Nr.	Empfehlung des Finanz-ausschusses	HPL Seite	Antragsteller	Änderung Entwurf Haushaltssatzung 2020
1	2	3	4	

A. Haushaltssatzung (unmittelbare Änderungsanträge)

Red. Hinweis: Die Wirkung des folgenden Änderungsantrages wird unter lfd. Nr. C.4.1 abgebildet

1	JA (einstimmig)	IV	Landrat	<u>A n t r a g z u § 5 Satz 2 der Haushaltssatzung (neuer Satz):</u> "Der Hebesatz für den Zuschlag zur Kreisumlage wird für das Haushaltsjahr 2020 auf 17,00 v.H. festgesetzt."
---	---------------------------	----	---------	--

Lfd. Nr.	Empfehlung des Finanz-ausschusses	HPL Seite	Antragsteller	Änderung	Entwurf	Vorbericht
1	2	3	4			

B. Vorbericht

2	Kenntnisnahme	V/3	Bündnis 90/Die Grünen	<p><u>Antrag:</u> <u>In den Vorbemerkungen wird in III. A) eine neue Ziffer 1) eingefügt:</u> "Der Landkreis Waldeck-Frankenberg bekennt sich entsprechend Artikel 26c der Hessischen Verfassung zu einer nachhaltigen Politik und Wirtschaftsweise und ist sich seiner Rolle zum Erhalt der Lebensgrundlagen in unserem Landkreis für die nachfolgenden Generationen bewusst. Der Landkreis Waldeck-Frankenberg bekennt sich zu den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen und wird in diesem Sinne eine Nachhaltigkeitsstrategie entwickeln, in der alle Fachdienste und kreiseigenen Betriebe aufgefordert sind konkrete Absichten zu formulieren."</p>		
---	---------------	-----	-----------------------	---	--	--

Lfd. Nr.	Empfehlung des Finanzausschusses	HPL Seite	Antragsteller	TeilHH/Produkt	Nr. (Sachkonto)	Bezeichnung	Entwurf HPL 2020 EUR	Vorgeschl. Änderung EUR	Neuer Ansatz HPL 2020 EUR
1		3	4	5	6	7	8	9	10
C. Ergebnishaushalt - Erträge									
Red. Hinweis: Anträge lfd. Nr. C.3.1 und 3.2 stehen in direktem sachlichen Zusammenhang mit lfd. Nr. E.30									
3.1	JA (einstimmig)	258	Landrat	035 035010	Nr. 7	Bereitstellung und Betrieb von Förderschulen Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen			
					5421000	Zuweisungen für lfd Zwecke vom Land	0	+100.000	100.000
3.2			Landrat		Nr. 8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen ...			
					5460100	Erträge Auflös SOPO Invest vom öffentl Bereich	25.817	+20.000	45.817
4.1	JA (einstimmig)	294	Landrat	039 039010	Nr. 5	Sonstige schulische Aufgaben Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
					5583000	Erträge aus Schulumlage	41.391.200	-1.182.600	40.208.600
4.2			Landrat		Nr. 8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen ...			
					5464000	Erträge Auflösung von SOPO f.Umlagen § 37(3) FAG	632.000	+1.150.600	1.782.600
5	JA (einstimmig)	375	Landrat	051 051010	Nr. 6	Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II Erträge aus Transferleistungen			
					5472001	Leistungsbet. b.Leist. f.Unterk./Heiz. Arbeitsuch.	6.988.800	+1.058.400	8.047.200
Red. Hinweis: Antrag lfd. Nr. C.6 steht in direktem sachlichen Zusammenhang mit lfd. Nr. D.24									
6	JA (einstimmig)	658	Landrat	155 155010	Nr. 7	Touristik Service Waldeck-Ederbergland GmbH Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen			
					5410300	Sonstige Zuweisungen des Landes	0	+50.000	50.000

Lfd. Nr.	Empfehlung des Finanzausschusses	HPL Seite	Antragsteller	TeilHH/Produkt	Nr. (Sachkonto)	Bezeichnung	Entwurf HPL 2020 EUR	Vorgeschl. Änderung EUR	Neuer Ansatz HPL 2020 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

D. Ergebnishaushalt - Aufwendungen

7		56	Landrat	011		Verwaltungssteuerung und -service			
	JA (einstimmig)		→			Antrag: Der DECKUNGSVERMERK "Die Ansätze der Produkte 011011 Kreistag und 011012 Kreisausschuss für Reisekosten und für Gästebewirtung (Repräsentation) sind nicht mit den anderen Ansätzen gegenseitig deckungsfähig." entfällt.			
8	JA (einstimmig)	70	Landrat	011 011030	Nr. 13	Bereitstellung und Unterhaltung der technischen Infrastruktur (IT) Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			
					6178135	Sonst.Aufw.f. bezogene Leist.; IT-Dienstleistungen	40.000	+15.000	55.000
9.1	ABGELEHNT (mehrheitlich bei 8 Gegenstimmen u. 2 Enthaltungen)	75	Bündnis 90/Die Grünen	011 011040	Nr. 13	Personalmanagement Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			
					NEU	Bike-Leasing Prg. f. Beschäftigte d. Kreisverwaltung	0	+10.000	10.000
						<i>Red. Hinweis zur Haushaltssystematik: Für ein "Betriebliches Gesundheitsmanagement" ist im Teil-HH 081 ein Ansatz zur Konzeption, Weiterentwicklung, Steuerung und Umsetzung einer dauerhaften, bedarfsgerechten und erfolgreichen betrieblichen Gesundheitsförderung vorgesehen (vgl. Produkt 081010, Sachkonto 6178322, Seite 518).</i>			
9.2	ABGELEHNT (mehrheitlich bei 7 Gegenstimmen u. 2 Enthaltungen)		FW		6779120	Aufwendungen für Geschäftsprozessanalysen	35.000	+100.000	135.000
						Red. Hinweis: Antrag lfd. Nr. D.10 steht in sachlichem Zusammenhang mit lfd. Nr. E.33			
10	JA (einstimmig)	86	Landrat	011 011070	Nr. 13	Finanzdienstleistungen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			
					6773000	Aufw. für betriebswirtsch. Beratungen u. ähnl.	100.000	-50.000	50.000

Lfd. Nr.	Empfehlung des Finanzausschusses	HPL Seite	Antragsteller	TeilHH/Produkt	Nr. (Sachkonto)	Bezeichnung	Entwurf HPL 2020 EUR	Vorgeschl. Änderung EUR	Neuer Ansatz HPL 2020 EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
11	JA (einstimmig)	106	Landrat	011 011120	Nr. 13	<u>Neu-/Umbau und Unterhaltung von Gebäuden, Liegenschaften</u> Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen				
					6701000	Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	213.970	+20.000	233.970	
12	JA (einstimmig)	146	Landrat	022 022060	Nr. 15	<u>Wasser- und Bodenschutz</u> Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen				
					7178000	Sonstige Erstattungen an übrige Bereiche	35.000	-35.000	0	
<u>Red. Hinweis:</u> Antrag lfd. Nr. D.13 steht in direktem sachlichen Zusammenhang mit lfd. Nr. E.27										
13	JA (einstimmig)	163	Landrat	026 026010	Nr. 15	<u>Brandschutz</u> Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen				
					7122000	Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden (GV)	150.000	+25.000	175.000	
14.1	JA (einstimmig)	Versch. (ab 190)	Landrat	030-035 Versch. Produkte	Nr. 13	<u>Verschiedene Schulformen</u> Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen				
						6011001	Lehr- und Unterrichtsmittel - Schulbudget	222.483	+62.100	284.583
14.2		Versch. (ab 191)	Landrat			6166001	Full-Serv.-Vertr. Kopiergeräte - Schulbudget	46.382	+2.359	48.741
15	JA (einstimmig)	220	Landrat	032 032030	Nr. 13	<u>Bereitstellung und Betrieb von kombinierten Grund-, Haupt- und Realschulen</u> Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen				
					6161300	Instandhaltung - Anschlussbeitr. f. Wiederherstell.	3.280	+23.500	26.780	

Lfd. Nr.	Empfehlung des Finanzausschusses	HPL Seite	Antragsteller	TeilHH/Produkt	Nr. (Sachkonto)	Bezeichnung	Entwurf HPL 2020 EUR	Vorgeschl. Änderung EUR	Neuer Ansatz HPL 2020 EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
16	ABGELEHNT (mehrheitlich bei 7 Gegenstimmen u. 3 Enthaltungen)	286	FDP	037 037010	Nr. 13	Schülerbeförderung				
						Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6103101	Schülerbeförderungskosten einschl. Querverkehre	7.300.000	+200.000
<i>Red. Hinweis: Die Annahme des Änderungsantrages hat unmittelbare Auswirkungen auf die kostendeckende Schulumlageerhebung.</i>										
17.1	ABGELEHNT (mehrheitlich bei 10 Gegenstimmen)	325	AfD	046 046010	Nr. 15	Förderung der Musikpflege und Musikschulen				
						Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	7128141	Zuschuss an die Musikschule	150.000	+33.380
17.2	ABGELEHNT (mehrheitlich bei 7 Gegenstimmen u. 2 Enthaltungen)		Bündnis 90/Die Grünen			7128141	Zuschuss an die Musikschule	150.000	+25.000	175.000
17.3	ABGELEHNT (mehrheitlich bei 7 Gegenstimmen u. 2 Enthaltungen)		FDP		Nr. 15		Ordentliche Aufwendungen (insgesamt)	151.840	+25.000	176.840
18.1	JA (einstimmig)	349	Landrat	050 050010	Nr. 17	Hilfen zum Lebensunterhalt (SGB XII, Kapitel 3)				
						Transferaufwendungen	7235010	Hilfe zum Lebensunterhalt (Ifd. Leist.) in Einr.	260.400	+224.000
18.2			Landrat			7235020	Sozialhilfe in Einrichtungen; Einmalige Beihilfen	175.000	-149.500	25.500
19	ABGELEHNT (mehrheitlich bei 10 Gegenstimmen)	392	AfD	053 053010	Nr. 15	Soziale Einrichtungen (Frauenhaus)				
						Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	7128441	Betriebskostenzuschuss für das Frauenhaus	100.000	+250.000
<i>Hinweis: Der Ansatz wird im Rahmen der "Mischfinanzierung" anteilig den Kommunen über die Kreisumlage belastet.</i>										

Lfd. Nr.	Empfehlung des Finanzausschusses	HPL Seite	Antragsteller	TeilHH/Produkt	Nr. (Sachkonto)	Bezeichnung	Entwurf HPL 2020 EUR	Vorgeschl. Änderung EUR	Neuer Ansatz HPL 2020 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
20.1	JA (einstimmig)	421	Landrat	059 059020	Nr. 17	Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen n.d. SGB IX Transferaufwendungen			
						7230430	Hilfen zum Erwerb prakt. Kenntnisse u. Fähigkeiten	0	+1.000
20.2			Landrat		7235500	Sozialhilfe in Einr.; Sonstige Eingliederungshilfe	0	+1.000	1.000
21	JA (einstimmig)	NEU	Landrat	071 071020 NEU	Nr. 15	Krankenhäuser Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen			
					7128215	Zuschuss zur Sicherung d.Geburtshilfe im Landkreis	0	400.000	400.000
22	JA (einstimmig)	613	Bündnis 90/Die Grünen	134 134010	Nr. 15	Naturschutz und Landschaftspflege Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen			
					7128630	Förd. d.Biodiversität u.Erhaltung v.Haustierrassen	46.000	+25.000	71.000
23	JA (einstimmig)	636	Bündnis 90/Die Grünen	151 151020	Nr. 15	Allgemeine landwirtschaftliche Aufgaben und Agrarförderung Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen			
					7128811	Zuschuss zur Anlage von Blühstreifen	5.000	+5.000	10.000
Red. Hinweis: Antrag lfd. Nr. D.24 steht in direktem sachlichem Zusammenhang mit lfd. Nr. C.6									
24	JA (einstimmig)	658	Landrat	155 155010	Nr. 13	Touristik Service Waldeck-Ederbergland GmbH Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			
					6774100	Aufw. für Entwicklungskonzept Ferienregion Edersee	0	+100.000	100.000

Lfd. Nr.	Empfehlung des Finanzausschusses	HPL Seite	Antragsteller	TeilHH/Produkt	Nr. (Sachkonto)	Bezeichnung	Entwurf HPL 2020 EUR	Vorgeschl. Änderung EUR	Neuer Ansatz HPL 2020 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
				161		<u>Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen</u>			
				161010	Nr. 16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
25.1	JA (einstimmig)	666	Landrat						
					7353200	Zinsdienstumlage nach § 40b FAG (Konjunkturprg.)	600.000	-82.400	517.600
25.2	-		Bündnis 90/Die Grünen		7354300	LWV-Umlage	28.733.300	-680.000	28.053.300
25.3	JA (einstimmig)		Landrat		7354300	LWV-Umlage	28.733.300	-579.600	28.153.700
25.4	-		AfD		7354300	LWV-Umlage	28.733.300	-579.360	28.153.940

Lfd. Nr.	Empfehlung des Finanzausschusses	HPL Seite	Antragsteller	Teil-HH Nr. Investition Nr.	Bezeichnung	Entwurf HPL 2020 EUR	Vorgeschl. Änderung EUR	Neuer Ansatz HPL 2020 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
<u>E. Finanzhaushalt (Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit)</u>								
<i>Red. Hinweis: Antrag lfd. Nr. E.26.1 steht in direktem sachlichen Zusammenhang mit lfd. Nr. G.40</i>								
	Antrag zurückgezogen	121 + 123		011 Nr. 25	Verwaltungssteuerung und -service Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.690.000		
26.1			FDP	064-310-05	Verwaltungsstelle FKB - Techn. Hochschule Mittelh.	150.000	+350.000	500.000
<i>Red. Hinweis: Der Änderungsantrag wurde für das Investitionsprogramm gestellt, betrifft allerdings auch das Hj. 2020. Eine Finanzierung aus dem "Zukunftsfonds" ist nach dessen Auflösung aufgrund KT-Beschluss vom 10.12.2018 nicht mehr möglich.</i>								
26.2	Antrag zurückgezogen		Bündnis 90/Die Grünen	064-310-05	Verwaltungsstelle FKB - Techn. Hochschule Mittelh.	150.000	+10.000	160.000
26.3	ABGELEHNT (mehrheitlich bei 7 Gegenstimmen)		FW	064-310-10	Kreishaus Korbach - Neubau Verwaltungsgebäude	1.000.000	0	1.000.000
					S p e r r v e r m e r k z u I n v e s t . N r . 0 6 4 - 3 1 0 - 1 0 : "Der Ansatz ist gesperrt. Über die Freigabe der Mittel entscheidet der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Verkehr."			
<i>Red. Hinweis: Antrag lfd. Nr. E.27 steht in direktem sachlichen Zusammenhang mit lfd. Nr. D.13</i>								
27	JA (einstimmig)	167 + 168	Landrat	026 Nr. 26	Brandschutz Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlageverm.	0		
				074-FW	Zusch.an Gemeind.f. Feuerwehren m.besond. Aufgaben	383.200	-21.500	361.700

Lfd. Nr.	Empfehlung des Finanzausschusses	HPL Seite	Antragsteller	Teil-HH Nr. Investition Nr.	Bezeichnung	Entwurf HPL 2020 EUR	Vorgeschl. Änderung EUR	Neuer Ansatz HPL 2020 EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Red. Hinweis: Antrag lfd. Nr. E.28 steht in direktem sachlichen Zusammenhang mit lfd. Nr. G.42									
28	ABGELEHNT (mehrheitlich bei 7 Gegenstimmen u. 3 Enthaltungen)	198 + 200	Bündnis 90/Die Grünen	030 Nr. 25 064-10-135	Grund- und Hauptschulen Auszahlungen für Baumaßnahmen Schule Marker Breite, Kb -Erw.bew.Sachen d.AV	4.226.000 0	0	0	
→						Verpflichtungsermächtigungen (Hj. 2021):	0	+60.000	60.000
Red. Hinweis: Aus Verständnisgründen wird die Bezeichnung der Invest.-Nr. 064-10-2 geändert!									
	KEIN Änderungsantrag	200		030 064-10-2	Grund- und Hauptschulen <u>Änderung der Bezeichnung:</u> Alle Schulformen - Digitalpakt <i>Die Investitionsmaßnahme wird auch auf den Seiten 49 und 703 (Investitionsprogramm, lfd. Nr. 22) abgebildet (<u>alte</u> Bezeichnung: Alle Schulformen - Breitbandanbindung).</i>				
29.1	JA (einstimmig)	226 + 229	Landrat	032 Nr. 25 064-148-07	Realschulen, kombinierte Grund-, Haupt- und Realschulen Auszahlungen für Baumaßnahmen MPS Sachsenhausen - Neubau Grundschule	5.080.000 3.830.000	0	3.830.000	
→						Verpflichtungsermächtigungen (Hj. 2021):	1.820.000	+10.000	1.830.000
29.2	JA (einstimmig)	226 + 228	Landrat	Nr. 26 064-10-626	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlageverm. Cornelia-Funke-Sch. Gemünden - Einm.klein.Baumaßn.	200.000 0	+45.000	45.000	
Red. Hinweis: Antrag lfd. Nr. E.30 steht in direktem sachlichen Zusammenhang mit lfd. Nr. C.3.1 und 3.2									
30	JA (einstimmig)	264 + 265	Landrat	035 Nr. 20 NEU 031-INKL	Förderschulen Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen Zuw.Land.Entlast.d.Komm.im B.inklusionsrelev.Aufg.	0 0	+200.000	200.000	

Lfd. Nr.	Empfehlung des Finanzausschusses	HPL Seite	Antragsteller	Teil-HH Nr. Investition Nr.	Bezeichnung	Entwurf HPL 2020 EUR	Vorgeschl. Änderung EUR	Neuer Ansatz HPL 2020 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
31	JA (einstimmig)	279 + 280	Landrat	036 Nr. 25 064-272-12	Berufliche Schulen Auszahlungen für Baumaßnahmen Berufl. Schulen KB, Kasseler Str.-Generalsanierung (davon für Baumaßnahmen)	10.570.000 10.500.000	 0	 10.500.000
			→		Verpflichtungsermächtigungen (Hj. 2021 - 2023):	0	+11.150.000	11.150.000
32	ABGELEHNT (mehrheitlich bei 8 Gegenstimmen u. 2 Enthaltungen)	487 + 488	AfD	071 Nr. 27 021-KKHA	Kreiskrankenhaus Frankenberg Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen Erhöhung Stammkapital Kreiskrankenhaus Frankenberg	1.500.000 1.500.000	 0	 1.500.000
			→		<u>Sperrvermerk zu Invest.Nr. 021-KKHA:</u> "Der Ansatz ist gesperrt. Über die Freigabe der Mittel entscheidet der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Verkehr."			
<u>Red. Hinweis:</u> Antrag lfd. Nr. E.33 steht in sachlichem Zusammenhang mit lfd. Nr. D.10								
33	JA (einstimmig)	513 + 514	Landrat	074 Nr. 27 051-GESZ	Maßnahmen der Gesundheitspflege Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen <u>Neue Bezeichnung:</u> Beteiligungen an Gesundheitszentren	0 25.000	 +37.500	 62.500
<u>Red. Hinweis:</u> Antrag lfd. Nr. E.34 steht in direktem sachlichen Zusammenhang mit lfd. Nr. G.43 (Investitionsprogramm)								
34	JA (einstimmig bei 1 Enthaltung)	524 + 525	Landrat	081 Nr. 26 032-GRENZT	Förderung des Sports Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlageverm. Grenztrail Waldeck-Frankenberg	225.000 100.000	 0	 100.000
			→		Verpflichtungsermächtigungen (Hj. 2021):	100.000	+50.000	150.000

Lfd. Nr.	Empfehlung des Finanzausschusses	HPL Seite	Antragsteller	Teil-HH Nr. Investition Nr.	Bezeichnung	Entwurf HPL 2020 EUR	Vorgeschl. Änderung EUR	Neuer Ansatz HPL 2020 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
35	JA (einstimmig)	603 + 604	Landrat	127 Nr. 20	ÖPNV Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	325.600		
				011-KHBB	Komm. Anteil an Invest. Kurhessenbahn, Str. KB-FKB	255.600	+87.000	342.600
36	ABGELEHNT (mehrheitlich bei 9 Gegenstimmen)	605 ff.	Bündnis 90/Die Grünen	132 Nr. 26	Öffentliche Gewässer, wasserbauliche Anlagen Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlageverm.	0		
				NEU	Trinkwasserschutz; wasserbauliche Anlagen	0	+50.000	50.000
<i>Red. Hinweis zur Haushaltssystematik: Trinkwasserschutz/-hygiene ist dem Teil-HH 074, Produkt 074020 Ordnungsaufgaben der Gesundheitsaufsicht zuzuordnen (Aufgabe und Bewirtschaftung FD Gesundheit).</i>								
37.1	JA (einstimmig)	618 + 619	Landrat	134 Nr. 20	Naturschutz und Landschaftspflege Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0		
				061-NAT	Zuweisungen für den Ankauf von Biotopen	0	+250.000	250.000
			Landrat	Nr. 26	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlageverm.	1.800		
				061-NAT	Zuweisungen für den Ankauf von Biotopen	1.800	+248.200	250.000
37.2	-	618 + 619	Bündnis 90/Die Grünen	Nr. 26	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlageverm.	1.800		
				061-NAT	Zuweisungen für den Ankauf von Biotopen	1.800	+48.200	50.000

Lfd. Nr.	Empfehlung des Finanzausschusses	HPL Seite	Antragsteller	Teil-HH Nr. Investition Nr.	Bezeichnung	Entwurf HPL 2020 EUR	Vorgeschl. Änderung EUR	Neuer Ansatz HPL 2020 EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
38.1	ABGELEHNT (mehrheitlich bei 8 Gegenstimmen und 1 Enthaltung)	643 + 644	Bündnis 90/Die Grünen	151 Nr. 26	Wirtschaftsförderung Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlageverm.	1.306.350			
				021-FÖRE	Strukturförd.; Zuw.an Gemeinden z.Förd. Radwegebau	100.000	+50.000	150.000	
38.2	ABGELEHNT (mehrheitlich bei 9 Gegenstimmen)	643 + 644	Bündnis 90/Die Grünen	Nr. 26	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlageverm.	1.306.350			
				NEU	Einr.WLAN-Hotspots a.tour.Plätzen u.Haltest.d.ÖPNV	0	+20.000	20.000	
<i>Red. Hinweis:</i> Anstelle des im Antrag erläuterten neuen Produktes wurde hier eine neue Investitionsnummer vorgesehen. Hinweis auch auf Teil-HH 155 Tourismus.									
Red. Hinweis: Antrag lfd. Nr. E.38.3 steht in direktem sachlichen Zusammenhang mit lfd. Nr. G.44 (Investitionsprogramm)									
38.3	ABGELEHNT (mehrheitlich bei 6 Gegenstimmen und 1 Enthaltung)	643 + 644	FDP	Nr. 26	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlageverm.	1.306.350			
				021-MOLK	Förd.v.Investitionsmaßn. der Bauernmolkerei Usseln	100.000	-100.000	0	
<i>Red. Hinweis:</i> Der Änderungsantrag wurde für das Investitionsprogramm gestellt, betrifft allerdings auch das Hj. 2020.									
Red. Hinweis: Antrag lfd. Nr. E.38.4 steht in direktem sachlichen Zusammenhang mit lfd. Nr. G.45 (Investitionsprogramm)									
38.4	ABGELEHNT (mehrheitlich bei 8 Gegenstimmen)	643, 645 + 646	FDP	Nr. 24	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0			
				Nr. 25	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0			
				081-SCHLA	Erwerb und Sanierung Schlachthof Bad Wildungen	0	0	0	
—————>									
						Verpflichtungsermächtigungen (Hj. 2021):	500.000	-500.000	0
38.5	ABGELEHNT (mehrheitlich bei 7 Gegenstimmen u. 2 Enthaltungen)		AfD	081-SCHLA	Erwerb und Sanierung Schlachthof Bad Wildungen	0	0	0	
S p e r r v e r m e r k z u I n v e s t . N r . 0 2 1 - K K H A : "Die Verpflichtungsermächtigungen sind gesperrt. Über die Freigabe der Mittel entscheidet der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Verkehr."									

Lfd. Nr.	Empfehlung des Finanzausschusses	HPL Seite	Antragsteller	TeilHH Produkt	Bezeichnung	Änderungsantrag Entwurf Stellenplan 2020
1	2	3	4	5	6	7

F. Stellenplan

39	ABGELEHNT (mehrheitlich bei 7 Gegenstimmen u. 2 Enthaltungen)	680	FW	<u>Teil A - Beamte</u> Stellenpool	<u>Antrag:</u> "Eine Stelle A 10 wird (befristet aus dem Stellenpool) dem Beteiligungsmanagement zugeordnet."
----	---	-----	----	---------------------------------------	--

Lfd. Nr.	Empfehlung des Finanzausschusses	HPL Seite	Nr.	Antragsteller	Teil-HH Invest.-Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Änderungen Entwurf Investitionsprogramm 2019 - 2023	
1	2	3	4	5	6	7	8	

G. Investitionsprogramm

Red. Hinweis: Antrag lfd. Nr. G.40 steht in direktem sachlichen Zusammenhang mit lfd. Nr. E.26.1 (FinanzHH)

40	Antrag zurückgezogen	702	12	FDP	011 064-310-05	Verwaltungsstelle Frankenberg - Technische Hochschule Mittelhessen	2020 = 500,0 T€	(+350,0 T€)
							2021 = 500,0 T€	(+500,0 T€)
							2022 = 2.000,0 T€	(+2.000,0 T€)
							sp.J. =
							vorauss. Gesamtkosten = 4.000,0 T€	.

Red. Hinweis:

Beantragt ist eine Erhöhung der voraussichtl. Gesamtkosten auf 4,0 Mio. EUR. Der im Antrag genannte Ansatz im Investitionsprogramm für spätere Jahre von 2,0 Mio. EUR ist unter dieser Maßgabe unstimmg.

Der zur Finanzierung vorgeschlagene Zugriff auf den "Zukunftsfonds" ist nach dessen Auflösung nicht mehr möglich.

41	ABGELEHNT (mehrheitlich bei 6 Gegenstimmen u. 2 Enthaltungen)	703	22	FDP	030 064-10-2	Alle Schulformen - DIGITALPAKT	2021 = 200,0 T€	(+200,0 T€)
							vorauss. Gesamtkosten = 700,0 T€	(+200,0 T€)

Red. Hinweis: Antrag lfd. Nr. G.42 steht in direktem sachlichen Zusammenhang mit lfd. Nr. E.28 (FinanzHH)

42	ABGELEHNT (einstimmig)	703	NEU	Bündnis 90/Die Grünen	030 064-10-135	Schule Marker Breite, Korbach - Erwerb von beweglichen Sachen des AV	2021 = 600,0 T€	(+600,0 T€)
----	---------------------------	-----	-----	-----------------------	-------------------	--	-----------------	-------------

Red. Hinweis: Antrag lfd. Nr. G.43 steht in direktem sachlichen Zusammenhang mit lfd. Nr. E.34 (FinanzHH)

43	JA (einstimmig)	707	100	Landrat	081 032-GRENZT	Grenztrail Waldeck-Frankenberg	2021 = 150,0 T€	(+50,0 T€)
----	--------------------	-----	-----	---------	-------------------	--------------------------------	-----------------	------------

Red. Hinweis: Antrag lfd. Nr. G.44 steht in direktem sachlichen Zusammenhang mit lfd. Nr. E.38.3 (FinanzHH)

44	-	715	232	FDP	151 021-MOLK	Förd.v.Investitionsmaßn. der Bauernmolkerei Usseln	2020 = 0,0 T€	(-100,0 T€)
							2021 = 0,0 T€	(-100,0 T€)
							vorauss. Gesamtkosten = 0,0 T€	(-200,0 T€)

Lfd. Nr.	Empfehlung des Finanzausschusses	HPL Seite	Nr.	Antragsteller	Teil-HH Invest.-Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Änderungen Entwurf Investitionsprogramm 2019 - 2023		
1	2	3	4	5	6	7	8		
Red. Hinweis: Antrag lfd. Nr. G.45 steht in direktem sachlichen Zusammenhang mit lfd. Nr. E.38.4 (FinanzHH)									
45	-	716	253	FDP	151 081-SCHLA	Erwerb und Sanierung Schlachthof Bad Wildungen	2021 =	0,0 T€	(-500,0 T€)
							vorauss. Gesamtkosten =	0,0 T€	(-500,0 T€)
46	Antrag zurückgezogen	716	NEU	FDP	151 NEU	Konzept z. Verbess.d.region.Schlacht- u.Zerlegemöglichk., B.A.-Mengerinh.	2021 =	20,0 T€	(+20,0 T€)
							vorauss. Gesamtkosten =	20,0 T€	(+20,0 T€)

- Weitere Auswirkungen ergeben sich ggf. aufgrund beschlossener Änderungsanträge zu den "Auszahlungen aus Investitionstätigkeit" im Finanzhaushalt -
(siehe in der Abstimmungsliste unter Buchstabe E.)

Lfd. Nr.	Empfehlung des Finanzausschusses	HPL Seite	Antragsteller	TeilHH Produkt	Bezeichnung	Änderungsantrag Entwurf Haushaltssicherungskonzept (Fortschreibung 2020)
1	2	3	4	5	6	7

H. Haushaltssicherungskonzept

47	ABGELEHNT (mehrheitlich bei 9 Gegenstimmen)	739	AfD	045 045010	Anlage 3: Liste der "Freiwilligen Leistungen" (Fortschreibung 2020) Theater Förderung des heimischen Laienspiels/Theaters	Antrag: "Der Planungsansatz bei Sachkonto 6178420 Theaterwoche; Honorare, Aufwandsentschäd. u.Sonst. von 30.000 EUR ist um 24.000 EUR auf 6.000 EUR ab dem Jahr 2021 zu verringern."
48	ABGELEHNT (mehrheitlich bei 10 Gegenstimmen)	742	AfD	151 151020	Anlage 3: Liste der "Freiwilligen Leistungen" (Fortschreibung 2020) Wirtschaftsförderung Allgemeine landwirtschaftliche Aufgaben und Agrarförderung	Antrag: "Die Aufwendungen für die personelle Unterstützung des Landschaftspflegeverbandes durch den Landkreis werden bei den Freiwilligen Leistungen ausgewiesen." NEU aufzunehmen → Personal- und Versorgungsaufwendungen

HAUSHALTS SATZUNG

des Landkreises Waldeck-Frankenberg

für das Haushaltsjahr 2020

Aufgrund des § 52 Abs. 1 der Hessischen Landkreisordnung (HKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I 2005 S. 183), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 30. Oktober 2019 (GVBl. 2019 S. 310), und der §§ 94 ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I 2005 S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30. Oktober 2019 (GVBl. 2019 S. 310), hat der Kreistag am 17. Februar 2020 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

im Ergebnishaushalt

im ordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	241.044.901 EUR
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	238.834.861 EUR
mit einem Saldo von	2.210.040 EUR

im außerordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	10.000 EUR
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	300.050 EUR
mit einem Saldo von	-290.050 EUR
mit einem Überschuss von	1.919.990 EUR

im Finanzhaushalt

mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	11.262.955 EUR
und dem Gesamtbetrag der	
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	11.030.900 EUR
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	42.918.850 EUR
mit einem Saldo von	-31.887.950 EUR
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	27.787.950 EUR
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	11.136.450 EUR
mit einem Saldo von	16.651.500 EUR
mit einem Zahlungsmittelbedarf des Haushaltsjahres von	-3.973.495 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2020 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf 27.787.950 EUR festgesetzt.

Über die Aufnahme und die Kreditbedingungen entscheidet der Kreisausschuss.

§ 3

Der Gesamtbetrag von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2020 zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 50.031.797 EUR festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite, die im Haushaltsjahr 2020 zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 30.000.000 EUR festgesetzt.

§ 5

Der Hebesatz für die Kreisumlage wird für das Haushaltsjahr 2020 auf 29,91 v. H. festgesetzt.

Der Hebesatz für den Zuschlag zur Kreisumlage wird für das Haushaltsjahr 2020 auf 17,00 v. H. festgesetzt.

Die Kreisumlage und der Zuschlag zur Kreisumlage werden mit je einem Zwölftel der Jahresbeträge am 15. eines jeden Monats fällig.

§ 6

Es gilt das vom Kreistag beschlossene Haushaltssicherungskonzept.

§ 7

Es gilt der vom Kreistag als Teil des Haushaltsplans beschlossene Stellenplan.

§ 8

Bei unerheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen kann der Kreisausschuss die Zustimmung zur Leistung erteilen. Unerheblich im Sinne von § 100 Absatz 1 Satz 3 HGO sind über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen:

- 1) im Ergebnishaushalt, wenn die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen eines Budgets nicht mehr als 50 v.H. des Budgets überschreiten, höchstens jedoch 25.000 EUR,
- 2) im Finanzhaushalt, wenn die über- und außerplanmäßigen Auszahlungen eines Budgets nicht mehr als 50 v.H. des Budgets überschreiten, höchstens jedoch 50.000 EUR.
- 3) Unabhängig von der Höhe gelten über- und außerplanmäßige Aufwendungen oder Auszahlungen als nicht erheblich, wenn sie aufgrund gesetzlicher, tariflicher oder bestehender vertraglicher Verpflichtungen zu leisten sind.

In allen übrigen Fällen ist die vorherige Zustimmung des Kreistages erforderlich.

Korbach, den 17. Februar 2020

Der Kreisausschuss
des Landkreises Waldeck-Frankenberg

Dr. Kubat
L a n d r a t

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Wildunger Landstraße 1 · 34497 Korbach

An die Vorsitzende
des Kreistages Waldeck - Frankenberg
Frau Iris Ruhwedel
-Kreistagsbüro-
Südring 2
34497 Korbach



**Kreistagsfraktion
Waldeck-Frankenberg**

**Daniel May
Fraktionsvorsitzender**

Geschäftsstelle
Wildunger Landstraße 1
34497 Korbach
Tel.: +49 (5631) 65 708
Fax: +49 (5631) 63 23 8
fraktion@gruene-waldeck-frankenber.de

Korbach, 30. September 2019

Antrag von Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Insektenschutz – Artenreiches im Landkreis Waldeck-Frankenberg“ (nach § 9 Geschäftsordnung Kreistag)

Sehr geehrte Frau Ruhwedel,

wir möchten Sie bitten, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Kreistages am 28. Oktober 2019 zu setzen.

Der Kreistag möge beschließen:

Der Bestand an Insekten geht unter anderem durch den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Bioziden kontinuierlich zurück, was für Mensch und Umwelt weitreichende Folgen hat. Der Landkreis Waldeck-Frankenberg ist sich der eigenen Verantwortung und Vorbildfunktion in dieser Angelegenheit bewusst und lehnt die weitere Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und Bioziden auf seinen Flächen ab. Im Einzelnen beschließt er:

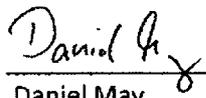
1. Entsprechend dem Vorgehen der Bundesregierung beim „Aktionsprogramm Insektenschutz“ wird der Landkreis Waldeck-Frankenberg ab 2020 auf seinen Liegenschaften auf die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und Bioziden verzichten, sofern nicht zwingende Gründe sie erfordern.
2. Dies gilt auch für die Flächen des Domaniums.
3. Bestehende Pacht- und Mietverhältnisse sind zum nächstmöglichen Termin anzupassen.
4. Der Landkreis Waldeck-Frankenberg tritt dem Bündnis „Pestizidfreie Kommunen“ bei, wie von der Bundesregierung empfohlen.
5. Der Landkreis Waldeck-Frankenberg fordert die Kommunen des Landkreises auf, sich ebenfalls der Insektenschutzinitiative der Bundesregierung anzuschließen.

Begründung:

Heimische Tiere und Pflanzen sterben auch in unserem Landkreis flächendeckend aus oder gehen massiv im Bestand zurück. Neben der Erderhitzung ist das Artensterben die wahrscheinlich stärkste Gefährdung für das Überleben der Menschheit. Die Bundesregierung hat deshalb im „Aktionsprogramm Insektenschutz“ unter anderem weitreichende Maßnahmen zur Pestizidreduktion beschlossen, da die heute verwendeten hocheffektiven Gifte eine der Hauptursachen des Insektensterbens sind.

Auch der Landkreis Waldeck-Frankenberg ist sich seiner Verantwortung und Vorbildfunktion bewusst, folgt deshalb selbstverständlich dem Aufruf der Bundesregierung zum lokalen Handeln und schützt die Insektenvielfalt auf seinen Flächen analog zu den bundeseigenen Flächen.

Mit freundlichen Grüßen



Daniel May
(Fraktionsvorsitzender)

Alternative für Deutschland

AfD-Fraktion im Kreistag des Landkreises Waldeck-Frankenberg



AfD-Fraktion Waldeck-Frankenberg, Rosenstraße 4, 34513 Waldeck
An die Kreistagsvorsitzende
des Landkreises Waldeck-Frankenberg
Frau Iris Ruhwedel
Südring 2
34497 Korbach

28.10.2019

Antrag gem. § 12 der Geschäftsordnung
Änderungsantrag zur Kreistagssitzung am 28.10.2019
Bezug: Antrag der GRÜNEN zum Insektensterben (TOP3)

Sehr geehrte Frau Vorsitzende Ruhwedel,

Der Kreistag wolle beschließen:

Der Bestand an Insekten geht unter anderem durch den Betrieb von modernen (sprich: hohen) Windkraftanlagen – auch im Wald – zurück. Ebenso ist eine intensive Grünlandwirtschaft mit hoher Schnittfolge (ohne dass samen tragende Pflanzen ausblühen können) dafür verantwortlich, dass in der freien Landschaft Insekten weniger Überlebenschancen haben. Der Mais- und Rapsanbau zur Energiegewinnung (in Faulgasanlagen und zur Ölgewinnung für die Beisetzung in „Biodiesel“) verschärfen diese Situation. Und nicht zuletzt ist eine zunehmende Artenarmut in privaten Gärten feststellbar, die vielen Insektenarten die Lebensräume entzieht.

1. Der Landkreis Waldeck-Frankenberg ist sich der eigenen Verantwortung und Vorbildfunktion in dieser Angelegenheit bewusst und lehnt auf seinen eigenen Flächen den Neubau und den Betrieb von Windkraftanlagen ab.
2. Ebenso werden kreiseigene Flächen ab sofort nur noch an Landwirte verpachtet, die dort Lebensmittel produzieren, verpachtet.
3. Zur Verbesserung der Überlebenschancen von Insekten werden die vorhandenen landwirtschaftlichen Förderprogramme vollumfänglich umgesetzt.
4. Grünlandumbruch wird noch strenger limitiert als bisher.
5. Um Privatleute zu informieren, werden entsprechende Informationsbroschüren entwickelt und Infoveranstaltungen angeboten.

Begründung:

Um das sogenannte Insektensterben in Gänze beurteilen zu können und evtl. Gegenmaßnahmen einzuleiten, sind alle Aspekte in Betracht zu ziehen. Es hilft nichts, den Schwarzen Peter einer Gruppe zuzuschieben.

Die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln ist bisher nicht als Hauptursache des Insektensterbens ermittelt worden. Dieses gilt nur für Bienen und möglicherweise auch nur bei Verwendung neuartiger Insektizide (Neonikotinoide).

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich

Mit freundlichen Grüßen

Fraktionsvorsitzender

Fraktionsvorsitzender: Stefan Ginder
05634-994818 – stefan@ginder.de

stellv. Fraktionsvorsitzender: Jan Nolte
0175-1600333 – jan.nolte@afd-hessen.de

Fraktionsgeschäftsführer: Jens Peschel
0160-93003176 – jens.peschel@afd-hessen.de

Alternative für Deutschland – AfD-Fraktion Waldeck-Frankenberg – Rosenstraße 4 – 34513 Waldeck-Sachsenhausen
Waldecker Bank IBAN DE74 5236 0059 0000 3939 40 BIC GENODEF1KBW

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Wildunger Landstraße 1 · 34497 Korbach

An die Vorsitzende
des Kreistages Waldeck - Frankenberg
Frau Iris Ruhwedel
-Kreistagsbüro-
Südring 2
34497 Korbach

EINGEGANGEN am

20. Jan. 2020

**Fachdienst Kreisorgane,
Organisation, Vergaben und ÖPNV**

**Kreistagsfraktion
Waldeck-Frankenberg**

**Daniel May
Fraktionsvorsitzender**

Geschäftsstelle
Wildunger Landstraße 1
34497 Korbach
Tel.: +49 (5631) 65 708
Fax: +49 (5631) 63 23 8
fraktion@gruene-waldeck-frankenberg.de

Korbach, 20. Januar 2020

Antrag von Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Klimafreundlich mit Holz bauen“
(nach § 9 Geschäftsordnung Kreistag)

Sehr geehrte Frau Ruhwedel,

wir möchten Sie bitten, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Kreistages am 17.
Februar 2020 zu setzen.

Der Kreistag möge beschließen:

Neubauten des Landkreises sowie wesentliche An- und Umbauten an kreiseigenen Gebäuden
sollen primär aus Holz hergestellt werden.

Begründung:

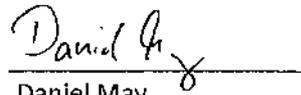
Holzbauten haben bereits eine lange Tradition. In den letzten Jahren gab es dennoch erhebliche
technologische Fortschritte, sodass mittlerweile auch mehrstöckige Häuser aus Holz- oder
Holz/Beton-Hybrid-Konstruktionen gebaut werden können.

Die Verwendung von Holz hat erhebliche Klimavorteile bei der Herstellung und durch die
langjährige Bindung von Kohlenstoff. So bindet ein Kubikmeter verbauten Holzes etwa eine Tonne
Kohlendioxid. Darüber hinaus ist Holz als nachwachsender Rohstoff reichlich vorhanden. Eine
verstärkte Verwendung würde aktuell zudem die Märkte entlasten, welche durch die Trockenheit
in den letzten Jahren und das daraus folgende Baumsterben übersättigt sind.

Durch hohe industrielle Vorfertigung der Baumodule ergeben sich außerdem Vorteile bei der
Bauzeit. Diese verkürzt sich gegenüber konventioneller Bauweise oftmals um die Hälfte und wirkt
sich kosteneffizient aus.

Nicht zuletzt wird das Raumklima von den Personen im Inneren meist als angenehmer empfunden als im Falle der Verwendung anderer Baustoffe.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads "Daniel May". The signature is written in a cursive style and is positioned above a horizontal line.

Daniel May
(Fraktionsvorsitzender)



**Kreistagsfraktion
im Kreistag des Landkreises Waldeck-Frankenberg**

CDU

Kreistagsfraktion

im Kreistag des Landkreises Waldeck-Frankenberg

An die Vorsitzende des Kreistages
des Landkreises Waldeck-Frankenberg
Frau Iris Ruhwedel
Kreishaus, Südring 2
34497 Korbach

Korbach, den 24.01.20

**Hass, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Angriffe auf die
Menschenwürde haben keinen Platz in Waldeck-Frankenberg**

Sehr geehrte Frau Ruhwedel,

wir bitten, folgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung
aufzunehmen:

Der Kreistag wolle beschließen:

Der Kreistag des Landkreises Waldeck-Frankenberg unterstreicht nachdrücklich,
dass Judenfeindlichkeit oder Verharmlosungen jüdenfeindlichen Verhaltens weder
geduldet noch toleriert werden können.

Der Kreistag des Landkreises Waldeck-Frankenberg verurteilt alle antisemitischen
Übergriffe auf jüdische Einzelpersonen, auf ihr Eigentum oder auf ihre religiösen
Einrichtungen; jüdisches Leben muss in Hessen und auch in Waldeck-Frankenberg
immer gegen alle Bedrohungen und Angriffe geschützt werden.

Der Kreistag des Landkreises Waldeck-Frankenberg distanziert sich ausdrücklich
von menschenverachtendem Gedankengut und den daraus motivierten Übergriffen
auf Menschen anderen Glaubens oder anderer Herkunft und Kultur, von
Populismus- und von Demokratiefeindlichkeit, die den Hass auf Minderheiten in
unserer freiheitlich demokratischen Gesellschaft nähren.

Der Kreistag wird nicht nachlassen, an den Holocaust zu erinnern, damit nie wieder
ein solcher Hass in unserer Gesellschaft entsteht



CDU

Kreistagsfraktion

Kreistagsfraktion

im Kreistag des Landkreises Waldeck-Frankenberg

Der Kreistag schließt sich dem Aufruf des hessischen Landtags (vgl. dessen Drucksache 20/1419) an, den Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken und mit aller Vehemenz gegen Extremismus und Populismus, die beiden großen Gefahren der jüdischen und der freiheitlich-demokratischen Gemeinschaft, vorzugehen.

Der Kreistag des Landkreises Waldeck-Frankenberg wird das Übel Antisemitismus stets ungeschönt beim Namen nennen. Die Sprache verrät die Gedanken. Wer antisemitische Begriffe aus der NS-Zeit verwendet, ist Antisemit. Wer, wie in jüngster Zeit in Halle geschehen, bewaffnet in eine Synagoge eindringen will, ist Antisemit. Wer sich nicht von verbalen oder physischen Übergriffen auf Juden distanziert, unterstützt die Täter. Deutliche Worte über Verfechter des Antisemitismus richten sich gegen eine Verharmlosung der Judenfeindlichkeit.

In diesem Sinne ruft der Landkreis Waldeck-Frankenberg alle demokratischen Parteien, zivilgesellschaftlichen Organisationen und alle Waldeck-Frankenberger dazu auf, im gemeinsamen Kampf gegen Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit zusammenzustehen. Es ist an uns allen, den Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken und zukünftig noch mehr in den Mittelpunkt unseres Wirkens zu rücken. Extremismus und Populismus bedrohen diesen gesellschaftlichen Zusammenhalt und gefährden damit am Ende auch unsere Demokratie an sich. Dem werden wir mit aller Vehemenz gemeinsam entgegentreten.

Mit freundlichen Grüßen

Karl-Heinz Kalhöfer-Köchling
Fraktionsvorsitzender

Timo Hartmann
Fraktionsvorsitzender

- Entwurf -

3. Änderungssatzung zur Satzung
des Landkreises Waldeck-Frankenberg
über die Erhebung von Kosten
für Amtshandlungen im Zusammenhang mit der Gewinnung von Frischfleisch
(Frischfleisch-Kostensatzung)
vom 15.12.2014

Aufgrund des § 5 Abs. 1 der

Hessischen Landkreisordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 183), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 30. Oktober 2019 (GVBl. I S. 310) und § 9 des Gesetzes über kommunale Abgaben in der Fassung vom 24. März 2013 (GVBl. I S. 134), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Mai 2018 (GVBl. I S. 247), in Verbindung mit § 1 Abs. 5 des Gesetzes zum Vollzug von Aufgaben auf den Gebieten des Veterinärwesens und der Lebensmittelüberwachung vom 21. März 2005 (GVBl. I S. 229, 232), zuletzt geändert durch Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Vollzug von Aufgaben auf den Gebieten des Veterinärwesens und der Lebensmittelüberwachung vom 13. Dezember 2019 (GVBl. I S. 430), hat der Kreistag des Landkreises Waldeck-Frankenberg in seiner Sitzung vom 17.02.2020 folgende Änderungssatzung beschlossen:

Artikel I

Gegenstand der Änderungssatzung

Die Frischfleisch-Kostensatzung wird wie folgt geändert:

§ 9 a

Ausnahmen von der Kostenerhebung

Die Kostenpflicht für Maßnahmen nach den Ziffern 5.4.1 + 5.4.2 der Anlage zur Frischfleisch-Kostensatzung wird über den 30.04.2020 hinaus unbefristet ausgesetzt.

Die Kostenpflicht für Maßnahmen nach der Ziffer 5.3.2 der Anlage zur Frischfleisch-Kostensatzung wird unbefristet ausgesetzt.

Artikel II

Inkrafttreten

Die Änderungssatzung tritt zum 01.05.2020 in Kraft.

Korbach, den

Der Kreisausschuss
des Landkreises Waldeck-Frankenberg

Karl-Friedrich Frese
(Erster Kreisbeigeordneter)

Öffentlich-rechtlicher Vertrag

zur Beschaffung und Finanzierung

von Atemschutztechnik

gemäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes über die Kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16.12.1969 (GVBl. I S. 307), zuletzt geändert am 20.12.2015 (GVBl. S. 618), und §§ 54 ff. Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz (HVwVfG) in der Fassung vom 15.01.2010 (GVBl. I S. 18)

zwischen

dem Landkreis Waldeck-Frankenberg, vertreten durch den Kreisausschuss,
Südring 2, 34497 Korbach,

und

dem Eigenbetrieb der Kreis- und Hansestadt Korbach
„Städtische Betriebe Korbach - Technische Dienste & Feuerwehr“,
vertreten durch den Magistrat,
Südring 16, 34497 Korbach.

Präambel

§ 3 Abs. 1 des Hessischen Gesetzes über den Brandschutz, die Allgemeinen Hilfe und den Katastrophenschutz (HBKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Januar 2014 (GVBl. S. 26), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. August 2018 (GVBl. S. 374), verpflichtet die jeweilige Kommune als Träger der Feuerwehr, eine leistungsfähige Feuerwehr aufzustellen. Zu der Ausübung dieser hoheitlichen Aufgabe fällt unter anderem die erforderliche Bereitstellung und Unterhaltung der Atemschutztechnik zur Ausstattung der Atemschutzgeräteträger. Hierbei sind die Kommunen zur effizienten Mittelverwendung verpflichtet.

§ 1 – Gegenstand der Vereinbarung

- (1) Der Landkreis Waldeck-Frankenberg, die Städte und Gemeinden im Landkreis Waldeck-Frankenberg sowie weitere Dritte beabsichtigen zum 1. Januar 2020 die Gründung eines auf zehn Jahre ausgerichteten Atemschutzverbundes für die Beschaffung einheitlicher Atemschutztechnik.
- (2) Der Eigenbetrieb der Kreis- und Hansestadt Korbach „Städtische Betriebe Korbach - Technische Dienste & Feuerwehr“ wurde vom Landkreis Waldeck-Frankenberg mit der Durchführung des Atemschutzverbundes beauftragt. Dies betrifft insbesondere die Ausschreibung, die Organisation, den Aufbau und die Durchführung des auf zehn Jahre ausgerichteten Verbundes.

- (3) Die Vertragspartner beschaffen im Rahmen eines Mietkaufs in der Anzahl der abgegebenen verbindlichen Bestellungen der einzelnen Vertragspartner einheitliche und baugleiche Atemschutzgeräte sowie weitere Atemschutztechnik nach einem von den beteiligten Feuerwehren festgelegten technischen Standard.
- (4) Die Städtischen Betriebe Korbach werden von den Kommunen, dem Landkreis Waldeck-Frankenberg sowie weiteren Dritten beauftragt, den Mietkauf abzuwickeln und die beschafften Geräte zu registrieren.
- (5) Nach erfolgter europaweiter Ausschreibung wurde der Auftrag an die Firma Dräger Safety AG & Co. KGaA erteilt. Die Städtischen Betriebe Korbach treten gegenüber der Auftragnehmerin als Auftraggeber auf.
Die Auftragsvergabe wird gemäß den von den Vertragspartnern abgegebenen verbindlichen Bestellungen vorgenommen.

§ 2 - Finanzierung

- (1) Die Höhe des zu zahlenden monatlichen Betrages je Kommune, Landkreis oder weiteren Dritten richtet sich nach der Anzahl der jeweils bestellten Atemschutzgeräte sowie weiterer Atemschutztechnik.
- (2) Die Zahlungen der monatlichen Miete einschließlich Mehrwertsteuer und Verzinsung sind ab Beginn des Mietkaufs für die Laufzeit der Vereinbarung nach einmaliger Rechnungsstellung durch die Städtischen Betriebe Korbach jeweils zum Ersten eines Monats, beginnend ab dem 1. Januar 2020, an die Städtischen Betriebe Korbach zu zahlen.
- (3) In dem monatlich zu zahlenden Betrag sind neben dem Mietkaufpreis je Gerät inklusive Mehrwertsteuer und Finanzierungszinsen alle benötigten Austauschteile für die Laufzeit der Vereinbarung, die Gebühr für die „Kreisssoftwarelösung“, die monatliche Software Intervallüberwachung, monatlich laufende Verwaltungskosten, Buchungskosten, Jahresabschluss etc. enthalten.
- (4) Die Kommunen bzw. der Landkreis haben die erforderlichen Haushaltsmittel in ihrem Haushalt bis zum 31. Dezember 2029 bereitzustellen.

§ 3 – Inkrafttreten des Vertrages

Der Vertrag tritt im Hinblick auf den zu erteilenden Auftrag an die Firma Dräger Safety AG & Co. KGaA rückwirkend zum 15. Juli 2019 in Kraft und endet nach Ablauf des am 1. Januar 2020 beginnenden Mietkaufzeitraums von 120 Monaten am 31. Dezember 2029.

Die monatliche Mietzahlung einschließlich Mehrwertsteuer und Verzinsung beginnt gemäß § 2 am 1. Januar 2020 und endet am 31. Dezember 2029.

§ 4 – Vertragsanpassung / Kündigung

- (1) Sollten die Verhältnisse, die für die Festsetzung des Vertragsinhalts maßgebend gewesen sind, sich wesentlich ändern, so kann im gegenseitigen Einvernehmen eine Anpassung des Vertragsinhalts verlangt werden.
- (2) Anpassungen bzw. Änderungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

- (3) Ist eine Anpassung nicht möglich oder einer Vertragspartei nicht zumutbar, so kann der Vertrag gekündigt werden.

Die Kündigung ist schriftlich mit Begründung gegenüber den Beteiligten zu erklären.

- (4) Sollte eine Kommune vor Ablauf des Mietkaufzeitraums den Vertrag kündigen, so hat sie als Entschädigung einen Wertausgleich für diesen zu erbringen.
Die Höhe des Wertausgleichs richtet sich nach der Restdauer des Vertrages und den Kosten gemäß § 2. Nach erfolgter letzter Zahlung tritt § 5 des Vertrages ein.

§ 5 – Eigentumsübergang

Nach Ablauf der Mietkaufzeit am 31. Dezember 2029 gehen die Atemschutzgeräte und die weitere Atemschutztechnik entsprechend der jeweils bestellten Menge in das Eigentum der Kommunen, des Landkreises oder der weiteren Dritten über.

§ 6 - Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser Vereinbarung rechtsunwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so soll daraus nicht die Rechtsunwirksamkeit oder Undurchführbarkeit der gesamten Vereinbarung hergeleitet werden können.

Die Parteien verpflichten sich vielmehr, die rechtsunwirksame oder undurchführbare Bestimmung durch eine rechtswirksame und durchführbare Bestimmung zu ersetzen, durch die möglichst der gleiche wirtschaftliche Erfolg sichergestellt wird.

Korbach, den

14.10.2019

Bürgermeister

Korbach, den

26. August 2019

Erster Stadtrat

Landrat

Erster Kreisbeigeordneter